

# Mitglieder-Info

## Juli 2008

### Liebe Genossinnen und Genossen,



kurz vor den Sommerferien ist die Stimmung in Bund und Land bzw. Bezirk deutlich zwiespalten.

Da meldet die Bundesagentur mit 3,16 Mio. registrierten Arbeitslosen den tiefsten Stand an Arbeitslosen seit fast 16 Jahren, und doch hält sich die Freude darüber in Grenzen. Auch in Hamburg ist die Zahl der Arbeitslosen auf nunmehr 71.100 Menschen zurückgegangen. In Altona waren im Juni offiziell 9.206 BürgerInnen ohne Arbeit, das sind 930 Menschen weniger als im Vorjahr.

Allerdings hat sich erstens der Rückgang der Arbeitslosenzahlen deutlich verlangsamt. Zweitens fehlt in den offiziellen Arbeitslosenzahlen die »stille Reserve« von bundesweit 625.000 Menschen, die sich wegen schlechter Vermittlungs-

chancen gar nicht erst bei den Arbeitsagenturen melden. Hinzu kommen etwa eine Million Menschen, die nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie z.B. als Ein-Euro-Jobber arbeiten, in Arbeitsmarktmaßnahmen stecken oder staatlich gefördert frühverrentet werden. Zählt man alles zusammen, kommt man auf gut fünf Millionen Menschen, die gerne arbeiten würden. Drittens hat sich die Situation für die Ausgegrenzten, z.B. die EmpfängerInnen von Hartz IV, nicht geändert.

Auch für Altona müssen wir davon ausgehen, dass nach wie vor etwa 26.000 Menschen auf Hartz IV angewiesen sind. Zudem hat sich die Zahl der »Aufstocker«, also derjenigen, die trotz Arbeit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, auch im »Aufschwung« dramatisch erhöht.

Stadtgebiet	Bedarfs- gemein- schaften nach SGB II	Leistungs- empfänger/ innen nach SGB II	% der Bevöl- kerung
Bezirk Altona	15.042	26.865	10,7
Altona-Altstadt	2.907	4.779	17,2
Altona-Nord	1.928	3.289	15,4
Sternschanze	654	1.047	14,1
Ottensen	2.005	3.254	9,9
Bahrenfeld	1.713	2.801	10,6
Groß Flottbek	96	138	1,2
Othmarschen	116	157	1,3
Lurup	2.688	5.704	17,0
Osdorf	1.767	3.777	15,0
Nienstedten	41	56	0,8
Blankenese	155	212	1,6
Iserbrook	389	714	6,8
Sülldorf	397	614	6,8
Rissen	268	437	3,0

(Alle Zahlen: März 2007)

Gleichzeitig ist der wirtschaftliche Ausblick massiv getrübt. Die Rezession in den USA und die Wirkungen der Finanzmarktkrise (siehe den weiteren Absturz der Aktienindizes; das Platzen der Immobilienblase z.B. in Spanien, Großbritannien oder Frankreich) hinterlassen bereits jetzt deutliche Spuren. Für den Herbst müssen wir von einer länger anhaltenden Abkühlung der Konjunktur ausgehen, mit den entsprechenden Wirkungen auf Arbeitslosigkeit, Sozialsysteme und öffentliche Kassen.

Dies wird auch zu neuen Rahmenbedingungen für die Hamburger Politik führen. Dem schwarz-grünen Bündnis fehlen für den Haushalt bereits jetzt über drei Mrd. Euro. Trotz gesteigerter Steuereinnahmen ist die Haushaltslage der Hansestadt angespannt. Der schwarz-grüne Senat will deshalb nach bekanntem Muster in den kommenden Jahren städtisches Vermögen verkaufen, um seine Ausgaben zu finanzieren. Die absehbare konjunkturelle Abschwächung und die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen werden die Rechnung der Koalitionäre zusätzlich belasten.

### »Eine Schule für alle«

Eines der zentralen Projekte von Schwarz-Grün ist die Schulreform mit der Einführung der Primarschule. Dazu sind für den Herbst regionale Bildungskonferenzen geplant. Eine zentrale Aufgabe unseres Landesverbands DIE LINKE wird die kritische Begleitung dieses Projekts und die massive Unterstützung der Kampagne »Eine Schule für alle« (Unterschriftenlisten, Veranstaltungen etc.) sein. Darüber bestand auf der Klausurtagung von Bezirkspartei und -fraktion am 28. Juni große Einigkeit. Auf Bezirksebene soll ein Vernetzungstreffen aller im Bildungsbereich Engagierten stattfinden, um die Kampagne des Landesverbands im Bezirk umzusetzen und in die regionalen Bildungs- und Schulkonferenzen einzugreifen.

Die Bezirksfraktion will die Schulreform auch zum Thema in der Bezirksversammlung machen.

### Schwerpunkte der Bezirksarbeit

Auf der bezirklichen Ebene geht es vor allem um Stadt-(teil)entwicklung, Wohnen, Verkehr sowie (im begrenzten Umfang) um Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (vornehmlich Kinder- und Jugendhilfe) sowie Kultur, wo (begrenzte) politische Zuständigkeiten existieren. Sie dominieren die Tagesordnung der Bezirksversammlung. Darüber hinaus werden wir weiter konsequent die schwarz-grüne Privatisierungspolitik (PPP-Projekte) und mehr Demokratie (»gläsernes Rathaus«, BürgerInnenbeteiligung etc.) auf die politische Agenda des Bezirks setzen.

Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün sind die bezirklichen Themen mit einer charakteristischen Schwerpunktsetzung abgehandelt (siehe dazu auch den Beitrag von Robert Jarowoy in diesem Info). Hier dominieren die stadtplanerischen »Leuchtturmprojekte« (Ausbau des Hafendrands) und bei fast allen Themenbereichen (vom Wohnen bis zum Verkehr) lässt sich eine bevorzugte Behandlung der »reichen« Stadtteile im Bezirk nachweisen. Stadtteilentwicklung fällt unter die Rubrik »Soziales«, die folgendermaßen eingeleitet wird: »Eine sozial gerechte Stadt trägt maßgeblich zur Konfliktvermeidung bei«.

Lakonisch heißt es dann weiter: »Die Projekte zur Aufwertung vernachlässigter Quartiere werden fortgeschrieben und weiterentwickelt.« Ansonsten erschöpft sich »Soziales« für Schwarz-Grün im Erhalt der Bauwagenplätze Rondenbarg und Gaußstraße, einer besseren Betreuung von Obdachlosen und einer »Überprüfung« der Situation der Schuldnerberatungsstellen.

Gegen diese penetrante Ignoranz gegenüber der sozialen Spaltung müssen wir unsere eigene Agenda setzen. Es geht für uns vorrangig um die Verbesserung der Lebenssituation der sozial benachteiligten Menschen im Bezirk und die Entwicklung der Infrastruktur (Bücherhallen, Schwimmbäder, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Wohnungen, Verkehrsanbindung etc.) in den Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten.

Soziale Bezirks- bzw. Stadtteilentwicklung ist für uns das Querschnittsthema in allen Politikfeldern.

### Das Beispiel Wohnungsversorgung

In der unterschiedlichen Qualität der Wohnungsversorgung in den Stadtteilen spiegelt sich die soziale Spaltung Altonas markant wider. Die Benachteiligung am Wohnungsmarkt betrifft dabei besonders einkommensschwache Haushalte, behinderte Menschen, kinderreiche Familien, MigrantInnen sowie viele junge und ältere Menschen.

Ihre Wohnungsversorgung ist gefährdet, da es nicht genügend preisgünstige und bedarfsgerechte Wohnungen gibt. Weitere Zugangsbarrieren sind Vermieterbefürchtungen wegen Nachbarschaftskonflikten, Überbelegung, Übernutzung etc., fehlende Mietsicherheiten und Insolvenz sowie spezielle ausländerrechtliche Regelungen und rassistisch geprägte Vorbehalte.

Stadtgebiet	Wohnungen insgesamt 2006	Durchschnittliche Wohnungsgröße in m <sup>2</sup> (2006)	Wohnfläche je Einwohner/innen in m <sup>2</sup> (2006)	Sozialwohnungen insgesamt (Januar 2007)	Sozialwohnungen (2007) in % aller Wohnungen (2006)	darunter mit Bindungsauslauf bis 2012 in % der Sozialwohnungen
Hamburg	880.019	71,9	36,5	116.487	13,2	19,0
Bezirk Altona	124.656	75,7	37,7	15.726	12,6	20,3
Altona-Altstadt	14.332	61,5	31,8	3.027	21,1	5,0
Altona-Nord	11.269	62,2	32,8	1.418	12,6	1,7
Sternschanze	4.057	64,5	35,0	244	6,0	3,4
Ottensen	17.946	66,1	36,2	1.470	8,2	2,8
Bahrenfeld	13.008	66,1	32,5	1.060	8,1	1,1
Groß Flottbek	5.212	96,3	45,3	36	0,7	0,0
Othmarschen	6.108	102,4	51,4	61	1,0	0,0
Lurup	14.884	73,2	32,6	3.862	25,9	28,3
Osdorf	11.833	79,2	37,3	3.893	32,9	48,0
Nienstedten	3.402	106,3	53,3	0	0,0	0,0
Blankenese	6.861	102,0	53,8	58	0,8	17,2
Iserbrook	5.248	77,1	38,3	100	1,9	0,0
Sülldorf	4.149	80,0	37,0	242	5,8	0,0
Rissen	6.982	90,6	43,6	276	4,0	8,7

Insofern müssen wir bei allen Stadtplanungs- und Bauteilscheidungen im Bezirk, ob »Masterplan Altona« (integrierter Plan für Altona-Altstadt-Altona Nord/Sternschanze mit neuen Stadtquartieren auf den Konversionsflächen), »Wohnungsbauentwicklungsplan«, »A-7-Deckel« oder »Aufwertung vernachlässigter Quartiere«, die Verbesserung der Wohnungsqualität und -versorgung insbesondere für Menschen mit niedrigen Einkommen und besonderen Problemlagen einfordern. Dabei geht es vor allem auch um mehr preiswerten Wohnraum. Bei Sanierungsmaßnahmen ist darauf zu achten, dass keine zusätzlichen Ausgrenzungs- und Verdrängungseffekte für benachteiligte Gruppen entstehen.

Bezirksvorstand und -fraktion haben auf der bereits zitierten Klausurtagung die verschiedenen Politikfelder dis-

kutiert. Die Resultate der Diskussion sollen in einem Positionspapier zusammengefasst werden, in dem wir unsere politischen Ziele für Altona in dieser Legislaturperiode definieren. Darüber wird dann in der Mitgliederversammlung im September diskutiert werden.

Unsere letzte Mitgliederversammlung vor der Sommerpause ist am **21. Juli**. Das nächste Mitgliederinfo erscheint Anfang September.

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiß

Bernhard Müller

SprecherInnen DIE LINKE.Altona

## Zum Altonaer Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL

Beim Überlesen dieses Vertragswerkes bleibt zunächst in Erinnerung, dass es enorm viele zu regelnde Probleme in Blankenese, Sülldorf, Nienstedten und der Wedeler Au zu geben scheint, während der Stadtteil Altona-Nord überhaupt nicht existiert, Osdorf/Lurup/Iserbrook fast gar nicht, Altona-Altstadt und Ottensen am Rande erwähnt, dafür aber der Hafendrand mit Kreuzfahrtterminal als Top-Event hausgestellt werden. Beiläufig wird das Schanzenviertel als Beutestück vollmundig, aber leider inhaltslos beschrieben.

Die vielerorts gerühmte, für Altona »erfolgreiche«, schwarzgrüne Koalitionspolitik der vergangenen Legislaturperiode wird nirgendwo benannt. Wenngleich der Bezirk nur geringe Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten hat, ist völlig unklar, was denn so erfolgreich gewesen sein soll. Die Übergehung des Bürgerentscheides zum Bismarckbad und dessen Abriss? Der Verkauf des Altonaer Krankenhauses an Asklepios? Der Bau von weiteren Arenen im Volkspark und die Wieder-Weglage des Masterplans zum Volkspark? Der sich abzeichnende

Wegzug der Trabrennbahn und von Altona 93? Das Auslaufen der Mietpreisbindung in Osdorf und Lurup? Das Auslaufen der Stadtentwicklungsförderung in Lurup und demnächst in Osdorf? Die Vertreibung von Gewerbebetrieben durch Sanierungsmaßnahmen zugunsten von teuren Eigentumswohnungen? Die Verdichtung der Wohnquartiere im Altonaer Kerngebiet? Oder aber der »Schutz der Villengebiete«, denn »Altona verfügt über seine Villengebiete vom Blankeneser Elbhang bis an die A1 über eine der größten, zusammenhängenden Villengebiete Europas«. Na toll. Aber für wen?

Im Koalitionsvertrag macht man sich – exemplarisch am Fall der vertraglich verpflichteten Wiederaufnahme der ehemaligen LBK (Landesbetrieb Krankenhäuser)-MitarbeiterInnen – an drei Stellen Gedanken, wie man diesen Scherbenhaufen einer ebenso unsinnigen wie undemokratischen Entscheidung des vorigen CDU-Senats wieder aufkehren kann, indem man verkündet, sich dafür einsetzen zu wollen, dass diese medizinisch oder verwaltungsmäßig qualifizierten LBK-RückkehrerInnen doch bitte als gärtnerisches Parkpersonal, als Lebensmittelkontrolleure oder als Hospiz-Betreuer eingesetzt werden sollten. Dies zeugt von einer maßlosen Ignoranz gegenüber den eigenen Fehlern und den Bedürfnissen und Möglichkeiten der betroffenen Menschen und den Aufgabenfeldern, in die man sie hineinzwingen will. Eine Krankenschwester in Kneipen und Restaurants zu schicken, um verdorbenes Fleisch oder unsaubere Bierzapfleitungen zu ermitteln, ist genauso unsinnig wie die Zwangsvermittlung

von Verwaltungspersonal eines Krankenhauses in die Pflege von öffentlichen Grünflächen oder die Überstellung von Diätköchen in die Hospiz-Betreuung Sterbender.

Vieles andere in diesem Vertrag hört sich schön an. Zum Punkt Soziales: Man will die beiden Bauwagenplätze nicht vertreiben und den Obdachlosen Suppenküchen und medizinische Versorgung gewährleisten. Sogar eine Wiederaufnahme der Drogenberatung im Schanzenviertel ist angedacht. Wenn es denn wirklich so kommen sollte, wäre dies sicherlich begrüßenswert, aber die soziale Frage in der Stadt und im Bezirk Altona ist keine Angelegenheit eines Wohltätigkeitsballs von CDU, GAL und einem entsprechenden Werbeträger zugunsten der schon abgekoppelten Menschen, sondern die Problematik des stetigen Absinkens zehntausender RentnerInnen, Geringverdienender und Arbeitsloser in eine hilflose Armutssituation, aus der sie sich nicht mehr befreien können. Und hier kann die Lösung nicht darin bestehen, dass man 500 Jobs schaffen will, ohne zu sagen, dass es sich hier um Ein-Euro-Jobs handelt, von denen niemand leben kann.

Deswegen ist dieser Koalitionsvertrag ein Gemisch aus Hilflosigkeit, Arroganz und Ignoranz der beteiligten Vertragsschließenden Millionäre von CDU und GAL aus Blankenese gegenüber den Anliegen zehntausender Menschen in Lurup, Osdorf und im Altonaer Kerngebiet.

Nehmen wir sie einerseits beim Wort bei ihren mildtätigen Versprechungen und halten ihnen andererseits den Spiegel vor's Gesicht über die Realität von Arm und Reich in Altona.

## Aus der Bezirksfraktion

### Bericht vom Juni-Treiben im Altonaer Rathaus

Insgesamt waren viele Ausschusssitzungen, die Bezirksversammlung selber und auch die persönlichen Begegnungen an den am Spritzenplatz nebeneinander aufgereihten Infozelten der Parteien während der »Altonale« geprägt von verbalen Attacken der Altonaer CDU-, aber auch GAL-Prominenz gegen uns. Diese Attacken, die man eigentlich eher öffentliche Beschimpfungen nennen müsste, stehen in einem gewissen Kontrast zu dem harmlosen, aber nicht inhaltslosen politischen Smalltalk, den zu führen die CDU-Größen im kleinen Kreis oder unter vier Augen geradezu anstreben.

Zum Beispiel bei der Eröffnung der »Altonale« im Innenhof des Altonaer Rathauses (nur für geladene Gäste ohne Übertragungsmöglichkeit der Einladung auf andere Personen), wo bei enormen Bergen von edelsten Häppchen, Sekt oder Bier das Fußballspiel Deutschland-Kroatien auf einer Großbildleinwand gezeigt wurde. Zugegen waren neben den Fraktionsspitzen der im Altonaer Rathaus vertretenen Parteien die Dezernatsleiter des Amtes (davon gibt es ein halbes Dutzend, z.B. Bau, Stadtplanung, Grün, Soziales, Verwaltung usw.), die Sponsoren, in erster Linie also Mercado/Pirelli, aber auch andere Altonaer Wirtschaftsführer, z.B. von der Haspa, Elbe-Einkaufszentrum, Robert-Vogel-Immobilien u.a. Dann Geschäftsführer-

Innen von sozialen und kulturellen Einrichtungen (Stadtteilzentren, Theater usw.), Vertreter von Konsulaten sowie eine gewisse Anzahl von Leuten, die nach mir unbekanntem Kriterien ausgewählt werden, diesem erlesenen Kreis einmal anzugehören zu dürfen. Ich würde mal tippen, dass je zwei bis drei VertreterInnen eines Seniorenzentrum-Beirates, einer Schülervertretung, eines Kirchenvorstandes, eines Bürgervereins und von der Feuerwehr anwesend waren.

Zu einer ähnlich gearteten Party im Hamburger Rathaus bin ich jetzt schon zum zweiten Mal eingeladen worden, aber nicht hingegangen, weil mir das mit Altona vollkommen reicht, wo ich übrigens im April schon an einer ähnlichen Veranstaltung, dem Neujahrsempfang des Bezirksamtes, teilgenommen habe. Ein Faksimile dieser Einladung ins Hamburg Rathaus findet ihr auf der nächsten Seite. Ihr könnt dem auch entnehmen, wer so etwas sponsert.

Soviel zu diesem Thema, um Euch einen Eindruck davon zu vermitteln, wie das Drumherum oder die stete Neuformierung der Mächtigen eigentlich abläuft, denn natürlich werden bei solchen Anlässen im unverbindlichen Smalltalk sehr viel wichtigere Dinge besprochen als in den Show-Rededuellen in der Bezirksversammlung, wo man uns – mangels anderer Gegnerschaft, denn die SPD nimmt diese Rolle in keiner Weise an – abwechselnd der Lüge, Panikmache, Demagogie



zeit oder uns als uninformierte, im Regelwerk unerfahrene Irrläufer bezichtigt.

Das alles finde ich aber nicht wirklich schlimm, zeigt es doch, dass wir sie mit unserer Politik, ihnen den Spiegel vorzuhalten, aus der Reserve locken und dazu bringen, sich in aggressiven Selbstrechtfertigungen im Grunde genommen noch mehr zu entlarven. Als Beispiel dafür ein Auftritt des CDU-Fraktionsvorsitzenden Uwe Szczesny während eines Redebeitrages von mir mit einer offiziell gestellten Zwischenfrage (also kein Zwischenruf, sondern eine offizielle Zwischenfrage vom Plenar-Mikrofon aus): »Herr Jarowoy, warum vermuten Sie eigentlich hinter jedem Busch einen Indianer mit Kriegsbemalung?« (Es ging um den Verkauf der Kleingärten an der Behringstraße zur Finanzierung der Verlängerung des Autobahn-Deckels). Ich habe erwidert, dass ich überhaupt keine Indianer, sondern ihn, Szczesny, hinter jedem Privatisierungs-Busch vermuten würde, was ja auch eindeutig der Fall ist. Das hat in diesem Fall zu großer Heiterkeit geführt und den Bezirksversammlungs vorsitzenden, ebenfalls ein CDUler, dazu veranlasst, von »dem Trainer der CDU-Fraktion mit Kriegsbemalung« zu sprechen.

Allerdings ist es meistens nicht so lustig. So wurde z.B. unser Antrag gegen die weitere Verdichtung Ottensens durch Aufstockungen oder Bebauung von Flächen wie Kleingartenvereinen, wie CDU und GAL sie in ihrem Koalitionsvertrag anstreben, vom stellvertretenden CDU-Vorsitzenden als »Schwachsinn« und »ab in die Tonne damit« klassifiziert. Anschließend ist die SPD diesem Votum in der Abstimmung brav gefolgt, was meistens so ist, wenn es um Grundsätzliches geht.

Zum Abschluss meines Stimmungsberichtes will ich aber auch noch deutlich machen, wie schwierig es ist, sich als parlamentarische Neulinge auf diesem Terrain zu bewegen, und wie leicht man einen Fehler machen kann, der dann natürlich ebenso genüsslich wie gnadenlos ausgeschlachtet wird.

In der Bezirksversammlung im Mai hatten CDU und GAL sehr kurzfristig einen Antrag an das Amt bzw. die FHH gestellt, ein Konzept zu entwickeln, die Fußgängerzone der Ottenser Hauptstraße durch allerlei Verschönerungsmaßnahmen aufwerten zu lassen. Es ging um Pflasterung, Werbe-Schaukästen, Fahrradhäuschen usw. Im Anhang zum Antrag stand, es solle geprüft werden, ob die Finanzierung dieser Maßnahme durch PPP (private-public-partnership) ermöglicht werden könne. Ich bin dann aufgetreten und habe gesagt, dass wir

stets für Verschönerungen von Straßen seien, aber nicht unter den Bedingungen der PPP, da dies unserer Meinung nach darauf hinauslaufen würde, dass das Mercado/Pirelli die Ottenser Hauptstraße kontrollieren und bestimmen würden, wer sich dort aufhalten dürfe (z.B. keine Punks, Straßenmusikanten oder missliebige Infostände).

Das wurde von der CDU und der GAL als völlig abwegiger »Privatisierungswahn« zurückgewiesen. Wir haben dem Antrag – wohlgermerkt auf Konzepterstellung und Prüfung! – dann zugestimmt, ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, das vorher zu diskutieren. Die Debatte wurde im Altonaer Wochenblatt korrekt wiedergegeben mit der Ergänzung, dass der Pressesprecher der Immobilienabteilung des Mailänder Pirelli-Konzerns, dem das Mercado, der Altonaer Bahnhof und das Grundstück des ehemaligen Bismarckbades gehört, gegenüber dem Wochenblatt erklärte, sie würden in dieser Angelegenheit aktiv werden, aber nicht sagen, wie und in welcher Form. Dies wiederum hat bei uns den Verdacht geschürt, dass hier ein in Hamburg per Gesetz von den Bezirken zur Prüfung verlangtes BID (Business Improvement District) anstehe, was u.a. die Privatisierung der Hoheitsrechte über einen öffentlichen Bereich durch Übertragung der Wegekontrolle auf private Security-Firmen beinhaltet.

Wir haben dazu als DIE LINKE.Altona ein Flugblatt mit dem Titel »Die Ottenser Hauptstraße soll privatisiert werden« verfasst, das während der »Altonale« verteilt wurde. Daraufhin pöbelten (man kann es wirklich nicht anders nennen) hohe Altonaer CDU-Funktionäre unsere GenossInnen am Stand an und beantragten eine Aktuelle Stunde vor der BV-Sitzung im Juni mit dem Thema »Wahn und Deutung der Linken«. Darin bezichtigten sie uns, etwas behauptet zu haben, was überhaupt gar nicht in der Planung sei. Wir hätten überdies selbst dafür gestimmt, um es anschließend öffentlich zu skandalisieren. Nun gut, unser Fehler bestand darin, dass wir hätten fordern müssen, den Antrag auf Konzepterstellung vom Zusatz zur Prüfung einer PPP-Möglichkeit zu trennen und darüber dann auch getrennt abzustimmen, was Schwarz-Grün natürlich abgelehnt hätte. Dann wären wir aus dem Schneider gewesen. Nur fällt einem so etwas als Neuling meistens erst hinterher ein.

Was den Vorwurf der »Panikmache« anlangt, so kann ich nur darauf verweisen, dass dies stets beim Widerstand gegen schwarz-grüne Projekte in Altona behauptet wird, bis

sie dann beschlossen bzw. umgesetzt sind (z.B. Bismarckbad) oder aufgrund des durch die »Panikmache« entstandenen Drucks in der Öffentlichkeit zunächst zurückgestellt werden (Volkspark, Studiokino in der Bernstorffstraße).

Deswegen stehe ich zu dieser Art unseres politischen Vorgehens, denn die Pläne werden beim Smalltalk beschlossen, dann ausgearbeitet und zu allerletzt der Öffentlichkeit durch einen Bagger oder eine Abrissbirne zur Kenntnis gegeben. Um es in diesen fußballverrückten Tagen mit einem Vergleich aus diesem Bereich zu verdeutlichen: Wer den Aufbau

des gegnerischen Spiels nicht schon im Ansatz zu stören oder besser noch zu verhindern versucht, und stattdessen abwartet, bis die anderen vor dem eigenen Tor stehen, hat sowieso schon verloren.

In diesem Sinne – die nächste BV findet am Donnerstag, den 28. August im Altonaer Rathaus statt. Merkt Euch den Termin doch schon einmal vor.

Mit kämpferischen Feriengrüßen!

Robert Jarowoy



### Ein Herz für BauwagenbewohnerInnen?

Eine wirkliche Absonderlichkeit stellte in der letzten Bezirksversammlung vor der Sommerpause Ende Juni die Debatte um die Zukunft des Bauwagenplatzes in der Gaußstraße dar. CDU und GAL hatten plötzlich einen Antrag vorgelegt, dass die Bezirksversammlung eine Empfehlung an den Senat bzw. die Finanzbehörde beschließen möge, das Grundstück in der Gaußstraße – notfalls durch Wahrnehmung des städtischen Vorkaufsrechts – zu erwerben, um so die Existenz des Bauwagenplatzes zu sichern.

Allein das war schon etwas überraschend, wenn man zurückdenkt an die Zeit des CDU/Schill-Senats, wo Bauwagenplätze mit härtestem Polizeieinsatz geräumt wurden – wenn auch nicht in Altona, wo man bereits an einer schwarz-grünen Koalition bastelte und den Grünen ihr Lieblingskind, nämlich eben diese Bauwagenplätze, nicht wegnehmen wollte, wengleich es nur noch zwei recht kleine in Altona gibt, die eigentlich auch keinen stören, die sich auf keinem strategisch wichtigen Baugelände befinden und deshalb gut geeignet zu sein scheinen für einen prompt in der Presse auch sehr gut aufgenommenen Propagandacoup: »CDU und GAL setzen sich für die Garantie alternativer Lebensformen ein«.

Klingt gut und ist auch gut, wengleich man die dahinterstehende, scheinheilige Absicht ahnt und binnen kurzem

präsentiert bekommen wird – in Gestalt des Verkaufs diverser Kleingartensiedlungen zur Finanzierung des Autobahndeckels. Kleingärten sind aber auch alternative Lebensformen, wo die gartenlosen Mieter von Wohnungen, z.B. des Altonaer Spar- und Bauvereins, ihre Radieschen, Rosen und Apfelbäume pflegen und statt der Freibeuterfahne ihre Gartenzwerge aufstellen. In Altona manchmal auch beides mit der Altona-Fahne noch dazu, wo man sich dann wieder mit den Bauwagenleuten trifft, die in ihren True-Rebel-Shops Altona-T-Shirts verkaufen, die ich auch trage.

Die Blankeneser und Nienstedtener Millionäre von der GAL stehen nun mehr auf Bauwagen-Romantik, während die SPD-Senioren mit ihrer Traditionsfahne zum Tanz in den Mai eher den Kleingärtnern zugeneigt sind, weswegen die SPD ganz empört darauf reagierte, dass nun 2-3 Millionen Euro für den Bauwagenplatz ausgegeben werden sollten, während ein Schulleiter in Lurup noch nicht einmal 1.000 Euro für Lehr- und Lernmaterialien bewilligt bekommt.

Die von uns dazu vertretene Haltung bestand in der Unterstützung des CDU/GAL-Antrages, weil wir immer, auch in knüppelharten Zeiten, mit den Bauwagenleuten und ihrem Lebens- und Wohnentwurf solidarisch waren, denn was sich die Reichen im größten Villenviertel Europas (Altonas Westen) ohnehin an Natur, Individualität und Freizeit-Spaß leisten, sollen andere auch haben können, und ich weiß aus eige-

ner Bekanntschaft, dass die Bauwagenleute überwiegend aus ganz beschissenen Wohnverhältnissen kommen und sich hier ein Stückchen Lebensqualität erkämpft haben, was ich ihnen von Herzen gönne.

Was die SPD moniert, was anderswo nicht bewilligt würde, in Osdorf oder Lurup z.B., ist natürlich richtig, aber sie hat die Elbphilharmonie, die Hafencity und das Tamm-Museum mit unterstützt. Insofern ist es schon sehr kurios, dass ihr ausgerechnet beim Bauwagenplatz einfällt, dass man die relativ geringe Summe (im Verhältnis zu den genannten Leuchtturmprojekten) doch bitte sehr woanders sozialer einsetzen sollte. Diese Position haben wir nicht unterstützt, obwohl wir natürlich gegen den Verkauf der Kleingärten und für die Lern- und Lehrmittelhilfen an den Schulen stimmen werden.

Eins noch zum Abschluss: Die CDU hat in ihrer Erwiderung auf die SPD-Kritik verkündet, dass der Kauf des Bauwagenplatzes ja gar nicht aus dem Haushalt zu finanzieren sei (und dadurch anderweitig zu vergebende Mittel reduziere), sondern aus dem »Grundstock«. Was der »Grundstock« ist, ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt. Vermutlich speist er sich u.a. aus den Erlösen aus Privatisierungen öffentlichen Eigentums, die dann in Gutsherrenart entsprechend der politischen Prioritäten des Senats mal hierhin und mal dorthin verausgabt werden.

Um die Kleingärtner zu schützen, werden wir jetzt beantragen, den Autobahn-Deckel ebenfalls aus dem »Grundstock« zu finanzieren.

Robert Jarowoy



### Bericht aus dem Verkehrsausschuss

Ein besonders wichtiger Teil unserer politischen Arbeit im Verkehrsausschuss der Bezirksversammlung ist die Beratung und Entscheidung über Eingaben von Bürgerinitiativen, die sich in ihrem Wohnquartier für Verkehrsberuhigung und Tempo 30 einsetzen.

Zwei Beispiele aus den letzten Monaten sind hier besonders hervorzuheben:

Über 100 BürgerInnen unterzeichneten eine Eingabe, die den Verkehrsausschuss dazu aufforderte, in der Bernadottestraße (zwischen Hohenzollernring und Liebermannstraße) die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu begrenzen. Diese Maßnahme dient dazu, das Unfallrisiko für schutzbedürftige Personen zu verringern: Dies gilt insbesondere für die Schule

für Körperbehinderte Hirtenweg, die Grundschule Trenknerweg, die Kindertagesstätte der Ansgarkirche und das Seniorenwohnheim Fallen Anker, die alle im Umfeld der Bernadottestraße liegen.

Gleichwohl wird die hier dringend erforderliche Anordnung von Tempo 30 von CDU/GAL und dem als örtlicher Straßenverkehrsbehörde zuständigen Polizeikommissariat 21 (Notkestraße) skeptisch bis ablehnend bewertet. Bereits in der vergangenen Wahlperiode hatte die CDU die legitime Forderung der BürgerInnen abgelehnt.

In den Ausschuss-Sitzungen am 19.5., 2.6. und 16.6. wurde die Abstimmung immer wieder auf Initiative der CDU verschoben, obwohl die Sache längst entscheidungsreif ist und die Einwände gegen Tempo 30 offensichtlich nicht greifen. Zu Recht machen die BürgerInnen geltend, dass die durch Tempo

30 bedingte Fahrtzeitverlängerung für die Buslinie 115, welche die Bernadottestraße als Linienweg nutzt, so gering ausfällt, dass sie kaum ins Gewicht fallen kann. Auch die Frage der Beteiligung der Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung (BSU) konnte kein Argument für die erneute Verzögerung der Entscheidung sein. LINKE und SPD hatten hier den Vorschlag unterbreitet, die Zuständigkeitsfrage in der Formulierung des Beschlusses zu berücksichtigen: Es sollte dem Bezirksamt übertragen werden, erforderlichenfalls die BSU mit ein zu beziehen. Das Risiko, mit der eigenen Landesregierung in Widerspruch zu geraten, wollten CDU und GAL offenbar nicht eingehen und haben die Entscheidung am 19.6.2008 erneut wegen Beratungsbedarf vertagt. Es drängt sich der Verdacht einer Verschleppungs- und Verzögerungstaktik auf! Die LINKE wird in enger Abstimmung mit den betroffenen BürgerInnen sich weiter dafür einsetzen, dass eine Entscheidung für Tempo 30 in der Bernadottestraße getroffen wird.

Ebenfalls unterstützt durch zahlreiche Unterschriften der MieterInnen setzte sich der Altonaer Spar- und Bauverein für die Anordnung einer Einbahnstraße in der Straße »Am Born«

ein (Einbahnstraße: Von der Behringstraße kommend in Richtung Erdmannstraße). Bislang ist die Einbahnstraße durch eine Baustellenregelung angeordnet. Die AnwohnerInnen hatten damit gute Erfahrungen gemacht: Es kam in dieser engen Straße zu weniger Konflikten mit dem Gegenverkehr. Auch im Verkehrsausschuss bestand bereits in der Sitzung am 2.6.2008 Einigkeit zwischen den Parteien. Aber auch hier fand sich wieder eine politische Kraft, die die Entscheidung weiter verzögert: Diesmal war es die FDP-Fraktion. Sie hatte in der Sitzung am 16.6.2008 Beratungsbedarf angemeldet und will erst geklärt wissen, ob andere Straßen im Quartier infolge der Anordnung einer Einbahnstraße in »Am Born« mehr belastet werden. Dabei hat die bereits seit Monaten bestehende Einbahnstraße, aufgrund einer Baustelle angeordnet, zu keinen Beschwerden von BürgerInnen in den benachbarten Straßen geführt. Jetzt wird eine Entscheidung frühestens in der Sommerpause, vielleicht aber auch erst in der nächsten regulären Sitzung des Verkehrsausschusses im September getroffen werden können.

Karsten Strasser, Mitglied der Bezirksversammlung



### Kultur am Ende?

Im Ausschuss für Kultur und Bildung der Bezirksversammlung Altona sind nunmehr auch die letzten Mittel aufgebraucht. Direkt nach der Wahl, bei Antritt der LINKEN-Fraktion, waren bereits zwei Drittel der Projektmittel vergeben. Das kulturelle Leben in Altona darf fortan nur noch schön, reichhaltig und wertvoll sein, aber kein Geld kosten...!

Bei einer Veranstaltung zum Thema »Stadtteilkultur« am 3. Juli in der »Motte« wurde im krassen Gegensatz zu den Fakten ein mehr als beschönigendes Bild gezeichnet. Die Hamburger Situation und die schwarz-grünen Koalitionsvereinbarungen in Sachen Kultur wurden vom Gros der PodiumsteilnehmerInnen, darunter Kultursenatorin Karin von Welck, geradezu bejubelt.

Danach gibt es die »Leuchtturmprojekte« wie z.B. die Elbphilharmonie und das Tamm-Museum auf der einen Seite in finanziell scheinbarer friedlicher Koexistenz mit allen »übrigen« Kulturbedürfnissen wie Stadtteilzentren, Projekten kultureller Bildung (Leseförderung! als wenn das nicht eine originäre Aufgabe von Schule sein müsste!) oder solcher Projekte wie »park fiction«. Die Moderatorin, eine engagierte Professorin, die u.a. das Projekt »park fiction« mit angeschoben

hat, fragte nur leise und bescheiden dazwischen, weshalb es denn dann so schwierig sei, vergleichsweise geringe Summen (z.B. 400 Euro, um Stadtrundgänge in St.Pauli, die durch Kids im Zusammenhang mit dem Projekt gemacht werden, weiter machen zu können...) zu bekommen.

Überhaupt waren die kritischen Fragen von Seiten des ausgesprochen kundigen Publikums, das überwiegend aus Stadtteilkulturaktiven und Stadtteilkulturinteressierten bestand, äußerst verhalten. Was aber verständlich ist, da wohl niemand gern seinen Arbeit- und Geldgeber, und schon gar nicht in der Öffentlichkeit, hart angehen mag.

Das Kapital, so die Vips auf der Bühne, habe »endlich begriffen, dass Kultur auch notwendig« sei.

In der Tat: Das Kapital hat schon seit längerem auch den »Markt« Kultur entdeckt und begriffen, dass sich damit viel Geld machen lässt. Die Frage bleibt aber, wem der Profit dann zu Gute kommt – den Kulturschaffenden in Sachen Stadtteilkultur und deren Adressaten oder der »Event«- und »Touristen«-kultur – und welche Qualität eine derartige, nur noch an betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichtete, durchkulierte Kultur dann hat. Bisher sieht das jedenfalls ziemlich böse und ungleichgewichtig aus!

Anita Friedetzky

## Debatte: Autobahndeckel



Anfang der 1970er Jahre wurde die Bundesautobahn A7 quer durch den Hamburger Westen gebaut und teilt seitdem vor allem den Altonaer Stadtteil Bahrenfeld. Betroffen sind aber auch Othmarschen, Niendorf, Lokstedt und Schnelsen. Dem Vorrang für den individuellen Personen- und Güterverkehr wurde dabei die Lebensqualität der betroffenen Quartiere geopfert. Die AnwohnerInnen kämpfen seitdem gegen die Trennungswirkungen und gesundheitlichen Belastungen (Lärm, Luft etc.) dieser in einer Art Canyon verlaufenden Magistrale.

Nun ist ein weiterer Ausbau der A7 geplant. Dabei haben der achtstreifige Ausbau zwischen Othmarschen und dem Autobahndreieck Nord-West und der sechsstreifige Ausbau bis zur Landesgrenze in der Bundesplanung höchste Priorität und sollen bis 2015 realisiert werden.

Zur Milderung der Folgen dieses Ausbaus für die AnwohnerInnen und der Sicherstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Lärmschutzes nach dem Bundesimmissionsschutz stellt der Bund Finanzmittel zur Verfügung. Um auf die entsprechenden Planungsprozesse Einfluss nehmen zu können, hat sich die Stadt in die DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) eingekauft – eine Planungsgesellschaft des Bundesverkehrsministeriums, die seit 1991 das Verkehrswegeprogramm in den neuen Bundesländern plant und dort schon 1.200 Autobahnkilometer gebaut hat. Hamburg wurde kurzerhand Mit-Gesellschafter der DEGES und übernahm auch einen Sitz im Aufsichtsrat des Unternehmens. Aktuell gehört die DEGES zu 50% dem Bund, die restlichen Anteile verteilen sich auf einzelne Bundesländer. Hamburg hält jetzt knapp über 8%.

Das von der DEGES im Auftrag Hamburgs nun vorgelegte Konzept sieht laut einer Mitteilung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt »einen einheitlich gestalteten, ganzheitlichen und damit wirkungsvollen Schutz der Bevölkerung«

vor. Er besteht aus einer technisch anspruchsvollen Kombination aus Lärmschutzwänden, Lärmschutzgalerien und Tunnelstrecken. Die A 7 wird auf einer Gesamtlänge von ca. 1,7 km auf Kosten des Bundes »gedeckt«. Auf einer Länge von weiteren 500 m wird der Bund die A 7 halbseitig überdecken (Galerie). Die Deckelbauwerke werden mit einer 1,20 bis 1,50 m hohen Sandschicht aufgefüllt und begrünt. Die zerschneidende Wirkung auf die Stadt, die durch die A7 seit den 1970er Jahren besteht, soll so auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Die getrennten Stadtteile können in großen Abschnitten wieder zusammenwachsen.

Die Kosten für diese Verkehrsinvestition sind gigantisch. Allein der Bund investiert für den Ausbau und den Lärmschutz insgesamt rund 400 Mio. Euro. Das sind 150 Mio. mehr für Hamburg als ursprünglich geplant.

Die Kosten für Hamburg werden dagegen bisher auch vom neuen schwarz-grünen Senat – wie bei anderen Groß- und »Leuchtturmprojekten« (Hafencity, Elbphilharmonie, U4 etc.) – nicht ausgewiesen. Dabei handelt es sich

- erstens um die Höhe der Planungskosten, die von Hamburg bereits aufgebracht worden sind bzw. noch aufgebracht werden müssen. Dazu gehört auch das finanzielle Engagement bei der DEGES.
- zweitens um die Kosten der Verlängerung des Deckels in Bahrenfeld/Othmarschen in den Abschnitten, die nicht vom Bund bezahlt werden. (Warum eigentlich nicht, schließlich trägt Hamburg die Folgen einer weitreichenden bundespolitischen Entscheidung?) Dabei handelt es sich nach den Angaben von Schwarz-Grün in Altona um ein Investitionsvolumen von 127 Mio. Euro. Zudem muss geprüft werden, ob die für Schnelsen geplante Lösung in Form von Lärmschutzwänden wirklich ausreicht, um die Lebensqualität in diesem Stadtteil zu verbessern.

- drittens um die Kosten der stadtplanerischen Gestaltung der neu geschaffenen bzw. frei werdenden Flächen. Hier steht zu befürchten, dass der Senat in Anlehnung an das von der Handelskammer ausgearbeitete Konzept einer »Gartenstadt Altona« vorwiegend Wohnraum für Besserverdienende schafft, der durch den Verkauf von öffentlichem Grund und Boden finanziert werden soll.

Das Problem in Altona wie in Hamburg ist allerdings, dass wir großen Bedarf an Sozialwohnungen haben. Wir brauchen keine weiteren Viertel für Besserverdienende, sondern eine Stadtentwicklungspolitik, die auf die soziale Durchmischung der Quartiere achtet, d.h. insbesondere einen niedrigpreisigen Wohnungsbau für Menschen und Familien mit geringem Einkommen fördert.

Unsere Schlussfolgerung: Wir brauchen Lärmschutzmaßnahmen bzw. Deckel für die von der A 7 und ihrem Ausbau betroffenen städtischen Gebiete. Die Umbaumaßnahmen dürfen aber nicht dazu führen, dass dort nur Quartiere für die Besserverdienenden entstehen, sondern müssen für eine soziale Stadtteilentwicklungspolitik genutzt werden. Ein Gesamtplan für die verschiedenen in Altona geplanten Großprojekte (Volkspark, Autobahndeckel und Neugestaltung des Gelän-

des um den Altonaer Bahnhof bis hin zum S-Bahnhof Diebs-  
teich) bietet dabei die Möglichkeit, der für den Bezirk bisher charakteristischen sozialen Polarisierung durch stadtplanerische Maßnahmen gegenzusteuern und die Arbeits- und Lebensqualität für alle BewohnerInnen deutlich zu erhöhen.

Die u.a. für die Verlängerung des Deckels aus dem Landeshaushalt aufzubringenden Mittel in Höhe von 127 Mio. Euro dürfen nicht, wie von Schwarz-Grün in Altona geplant, durch den Verkauf von Sportplätzen und städtischen Brachflächen finanziert werden, sondern das Geld muss durch den Verzicht auf städtische »Leuchtturmprojekte« aufgebracht werden. Ein weiterer Verkauf öffentlichen Eigentums wird von der LINKEN strikt abgelehnt.

Ein solch weitgehender Umbau des Bezirks kann zudem nur unter Beteiligung der BürgerInnen (beim Autobahndeckel z.B. den Bürgerinitiativen »Ohne Dach ist Krach«, »Apfelbaum braucht Wurzelraum« und der 600 KleingartenbesitzerInnen, die umgesiedelt werden sollen) geplant und umgesetzt werden.

Auch hier ist ein Bruch mit der Politik des alten CDU-Senats erforderlich, die durch Top-Down-Strategien und die Ignoranz gegenüber dem BürgerInnenwillen geprägt war.

## Aus der Partei

### Stadtteilgruppe Altona-Altstadt gegründet

Am 9. Juni traf sich zwar nur ein halbes Dutzend Mitglieder zur ersten Sitzung unserer Stadtteilgruppe, einige hatten sich aber für diesen Termin entschuldigt oder waren noch nicht angesprochen worden. Jedenfalls waren wir uns schnell einig, dass wir uns weiterhin treffen wollen – zumal es genug zu tun gibt für unsere Stadtteilgruppe:

Vor allem im Bereich der Großen Bergstraße wird sich noch viel ändern müssen, damit hier der lebenswerte Stadtteil entsteht, den die AnwohnerInnen sich wünschen.

Um dabei mitzuwirken, wollen wir

- in der Zukunftswerkstatt Große Bergstraße mitarbeiten,
- die Schaffung von Genossenschaftswohnungen dort vorantreiben,
- unsere Fraktion in der Bezirksversammlung unterstützen, damit unsere Vorschläge und Forderungen dort behandelt und berücksichtigt werden.

Auch für Info-Tische und zur Mobilisierung für Veranstaltungen braucht uns DIE LINKE. Deshalb wollen wir uns vor den Sommerferien noch einmal treffen, und zwar am 7. Juli. Wir freuen uns auf weitere GenossInnen, die mitmachen möchten!

Werner Haertel, Mitglied des Bezirksvorstands

### Gründungstreffen der Stadtteilgruppe Ottensen

Im Rahmen einer Themensammlung wurden folgende Punkte genannt:

- Altonale,
- Shared-space-Projekt Bahrenfelder Straße,
- Privatisierung Fußgängerzone der Ottenser Hauptstraße,

- Finanzierung des Autobahndeckels durch Verkauf der Kleingärten an der Behringstraße,
- Zukunft des Stadiongeländes von Altona 93,
- die Problematik, dass aufgrund der immens hohen Grundstückspreise und der Streichung öffentlicher Mittel für den sozialen Wohnungsbau keine bezahlbaren Mietwohnungen mehr gebaut werden.

Es wurde auch festgestellt, dass es nicht nur darum gehen könne, zu bestimmten Bau- oder Privatisierungsprojekten Informationen zu verbreiten, sondern dass der Kampf um die politische Meinung in bezug auf das ganze System (hier das Konzept »Wachsende Stadt« für die Reichen bei gleichzeitiger Verarmung und Verdrängung der Übrigen) mit im Vordergrund stehen müsse.

Es wurde beschlossen:

- die Bevölkerungsstruktur in Ottensen in ihrem Wandel zu analysieren;
- festzustellen, was es an Initiativen gibt und wie sie einzuschätzen sind (hier soll teilweise auf Kenntnisse des Stadtteilarchivs zurückgegriffen werden);
- den Kontakt zu solchen Initiativen aufzunehmen, z.B. zu den Kleingärtnern (»Apfelbaum braucht Wurzelraum«), sie einzuladen bzw. sich mit ihnen zu treffen;
- ein monatliches Info (eventuell auch nur Flugblatt) für den ebenfalls monatlich stattfindenden Stand am Spritzenplatz zu erstellen;
- ein monatliches Treffen der Stadtteilgruppe jeweils am 2. Montag im Monat im Bezirksbüro zu organisieren und mit einem Themenschwerpunkt vorzubereiten.

Das nächste Treffen findet am **Montag, den 14. Juli um 19.00 Uhr im Büro der Linken, Am Felde 2** statt.

16.6.2008/Beate Reiss

### Bericht aus der Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Am 18.6.2008 traf sich die Stadtteilgruppe Bahrenfeld im Café Mokka, Bahrenfelder Chaussee, zu einem offenen Austausch über die künftigen Schwerpunkte der politischen Arbeit vor Ort. Den Veranstaltern war es besonders wichtig, das Treffen in einem öffentlichen Raum stattfinden zu lassen, denn viele Menschen stehen inzwischen politischen Parteien generell sehr distanziert gegenüber. Der öffentliche Treffpunkt in gemütlicher Atmosphäre kam bei allen gut an. Die Resonanz war gut: Insbesondere einige Parteimitglieder, die erst vor kurzem beigetreten sind, nutzten die Möglichkeit, die Partei vor Ort kennen zu lernen. Es kamen aber auch Interessenten an linker Politik im Stadtteil, wie z.B. ein engagiertes IG Metall-Mitglied, das als Betriebsrat aktiv ist. Die ausgelegten Info-Materialien nahmen viele gerne mit. Auch einige Café-Gäste bedienten sich. Als bemerkenswertes Ergebnis des Abends bleibt festzuhalten, dass die Stadtteilgruppe Anfang

September einen Workshop zu stadtplanerischen und verkehrspolitischen Problemen in Bahrenfeld durchführen will. Dafür haben die TeilnehmerInnen folgende Themen gesammelt:

- Veränderung des Verkehrsaufkommens in der Mendelssohnstraße, Bahrenfelder Kirchenweg und im gesamten »Bahrenfelder Dreieck« durch den LIDL-Markt (Bahrenfelder Chaussee);
- Einrichtung einer Anwohnerparkzone im Woyerschweg;
- geplanter Autobahndeckel A7;
- drohende Mieterhöhungen bei mietpreisgebundenen Sozialwohnungen;
- alternatives Konzept für die weitere Entwicklung des Volksparks und des Trabrennbahngeländes.

Alle sind motiviert, diesen Workshop gemeinsam vorzubereiten und erfolgreich zu organisieren. Wir wollen im Stadtteil Flagge für DIE LINKE zeigen und uns das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen!

Die Stadtteilgruppe Bahrenfeld trifft sich das nächste Mal am **Mittwoch, den 16.7. um 19.30 Uhr im Mokka-Café, Bahrenfelder Chaussee 29/Ecke Mendelssohnstraße.**

## Termine

### Montag, 7. Juli: DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19:30 Uhr

Ort: Am Felde 2

### Sonntag, 13. Juli: Hände weg von Mieterhöhungen

Die Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook lädt ein zum Frühschoppen mit Kaffee und Brötchen (Referenten: Johann Pauw, Karsten Strasser, Volker Vödisch)

Zeit: 11:00 Uhr; Ort: Klick-Kindermuseum (Verfügungsraum), Achtern Born 127, Osdorf

### Montag, 21. Juli:

#### Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

Zeit: 19:30 Uhr

Ort: Am Felde 2

### Donnerstag, 28. August: Bezirksversammlung Altona

Zeit: 18:00 Uhr

Ort: Altonaer Rathaus

### Montag, 4. August: DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19:30 Uhr

Ort: Am Felde 2

### Montag 18. August:

#### Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

Zeit: 19:30 Uhr

Ort: Am Felde 2

### Montag, 1. September:

#### DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19:30 Uhr

Ort: Am Felde 2

## Stadtteilgruppen

### Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Kontakt: Werner Haertel, Tel. 040/200 54 67

### Stadtteilgruppe Altona-Nord

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Kontakt: Stefan Ziefle, Tel. 040/38 61 25 42

Marcel Bois, Tel. 040/43 27 28 61

### Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Nächstes Treffen (mit Norbert Hackbusch, MdB):

16. Juli, 19.30 Uhr, Ort: Mokka-Café, Bahrenfelder Chaussee 29/Ecke Mendelssohnstraße

Kontakt: Horst Schneider, Tel. 040/890 25 87

Karsten Strasser, Tel. 040/390 85 55

### Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook

Nächstes Treffen: 10. Juli, 19:30 Uhr

Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38

Kontakt: Susanne David, Tel. 040/560 57 26

Dirk Kölsche, Tel. 040/28 78 16 72

### Stadtteilgruppe Ottensen

Nächstes Treffen: 14. Juli, 19:30 Uhr

Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt: Beate Reiss, Tel. 040/39 63 86